ROTE KOMMENTARE

BETRIEBSPROJEKTGRUPPE
HEIDELBERG
28. August 1969

ZUM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

1. Der Widerspruch: "es wird sich nichts ändern" - "aber man muß doch wählen".

In zahllosen Gesprächen kann man es immer wieder hören. Die meisten Arbeiter glauben, daß sich auch durch diese Wahl nichts ändern wird. Aber trotzdem muß man doch zur Wahl gehen - meinen sie. Dieser Widerspruch ist immer wieder zu beobachten.

Die Ansicht, daß sich auch durch diese Wahl nichts ändern wird, ist sehr gut begründet. Es gibt doch die Erfahrung mit der SPD, die sich von Wahlkampf zu Wahlkampf mehr den betont kapitalistischen Parteien (CDU und FDP) angeglichen hat. Es gibt die Erfahrung mit der SPD, die die Große Koalition eingegangen ist und sich für ihre ehemalige Aufgabe: Arbeiterpartei zu sein, schämt. Sie möchte lieber Volkspartei genannt werden. Der Wahlkampf selbst ist schließlich durchsichtig genug. Jederman konnte voraussehen, daß sich die Parteien der Großen Koalition vor der Wahl zerstreiten, um wenigstens Unterschiede vorzuspiegeln, wo in Wirklichkeit keine mehr sind. Und weil die Parteien keine Programme mehr haben, durch die sie sich unterscheiden könnten, tun sie, als komme alles auf die Parteiführer an.

Es ist wirklich überflüssig, darüber noch mehr zu schreiben. Jederman weiß es. Und selbst in der bürgerlichen Presse wird dieser Zustand der politischen Willensbildung angegriffen. "Aber man muß doch wählen" - heißt es dann immer im gleichen Atemzug.

2. Grundzüge einer Parlamentarismuskritik

Es ist richtig, daß die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht in Deutschland eine Forderung der sozialistischen Parteien war. Natürlich war das allgemeine Wahlrecht gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht ein Fortschritt. In dem die Stimmen der wenigen Besitzenden genausoviel zählten, wie die Stimmen der vielen Besitzlosen.

Allerdings haben sich die Sozialisten auch nicht darüber getäuscht, daß durch das allgemeine Wahlrecht allein noch keine Demokratie hergestellt werden kann. Denn solange die Wirtschaft kapitalistisch organisiert ist, kann das Kapital Parlament und Regierung unter Druck setzen und beherrschen. Marx und Engels haben den Staat als den Ausschuss der herrschenden Klasse bezeichnet. Auch das Regierungssystem der BRD läßt sich nicht besser charakterisieren. Die Aufgabe der Kontrolle und Lenkung der Regierung im Sinne der Unternehmer nimmt vor allem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wahr. Die Unternehmerverbände (BDI, BDA u.a.) haben mehr als 5 000 Büros mit mehr als 30 000 Beschäftigten. Ihre Hauptarbeit besteht in der Eigabe von Gesetzesvorschlägen, die sie meistens direkt an die Regierung leiten. Neben den Eingaben an die Regierung spielen dirkete Absprachen zwischen dem BDI und Regierungsstellen oder Parlamentsausschüssen eine wichtige Rolle. Im Jahresbericht des BDI (1961/62) heißt es dazu: "Aussprachen auf höchster Ebene, Besuche bei militärischen Hauptquartieren und Stäben, bei Manövern und Übungen der Streitkräfte" waren der Klärung der Probleme besonders dienlich. Die dritte Form der Einwirkung der Unternehmerverbände auf Parlament und Regierung ist schließlich die enge Verflechtung des staatlichen Apparats mit den Vertretern der Monopole und ihrer Organisationen. Der von Lenin geprägte Ausdruck "Heute Minister - morgen Bankier; heute Bankier - morgen Minister" hat volle Gültigkeit, man braucht nur an Erhard und Mende zu denken.

Dazu noch ein weiteres Beispiel:
"Der frühere amerikanische Hochkommissar für Bayern, Charles Thayer, berichtet in seinem Buch "Die unruhigen Deutschen" von einer anderen charakteristischen Begebenheit während des Wahlkampfes 1957, als sich der Repräsentant einer Unternehmervereinigung telephonisch an ein Mitglied des Verbandes mit der Frage wandte, ob er nicht Lust habe, Bundestagsabgeordneter zu werden. Etwas ungläubig, so schreibt Thayer, fragte der Angerufene zurück: "Wie soll ich wohl jemals gewählt werden?" worauf er als Antwort erhielt: "Dafür haben wir schon gesorgt. Wir brauchen nur ihren Namen auf die Stelle der Liste zu setzen, die uns die CDU auf der Landesliste freigehalten hat.""
(aus: Imperialismus Heute, Dietz-Verlag Berlin, 1968, S.198)

Dies sind nur ein paar Gesichtspunkte zur Kritik des Parlamentarismus in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie müssen in weiteren Artikeln noch wesentlich vertieft werden. Es zeigt sich aber, daß die oben wiedergegebene Erfahrung "durch die Wahlen wird sich ja doch nichts ändern" einen ernsten Hintergrund hat und keine bloße Einbildung ist.
Nun muß aber auch gesagt werden, daß das Parlament anders aussähe wenn in ihm die Arbeiterklasse vertreten wäre. Die Funktion des Parlaments wird durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis bestimmt. Das heißt aber auch, daß eine Beteiligung am Parlament solange sinnlos ist, wie es nicht eine außerparlamentarisch organisierte Arbeiterbewegung gibt, die dann auch das Parlament für ihre Ziele benutzen könnte.

Bei der Frage, ob sich die Sozialisten am Parlament beteiligen sollen oder nicht, ist deshalb die Stärke der Arbeiterbewegung ausschlaggebend. Es ist der ADF und der DKP vorzuwerfen, daß sie diese Frage gar nicht stellt und wie gebannt auf die 5 % - Klausel starrt, deren Hürde sie auch dieses Mal nicht überwinden wird.

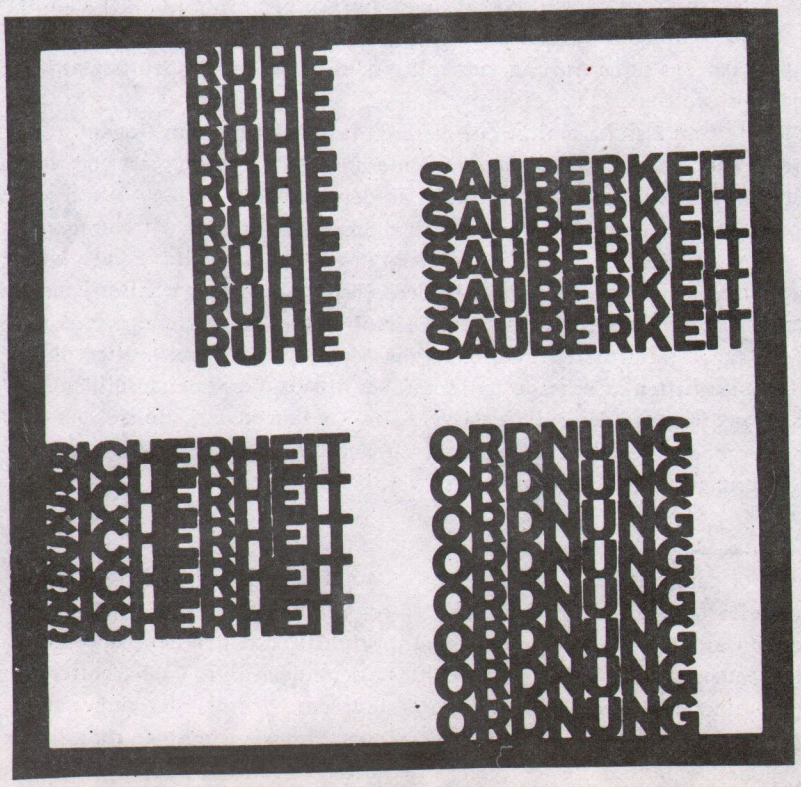
Die außerparlamentarische Opposition muß im Wahlkampf versuchen, ihre Enthüllungspolitik weiterzutreiben, wobei klar ist, daß es völlig unnütz ist, zur Wahl zu gehen, denn das Ziel der Stärkung der außerparlamentarischen Opposition kann durch keinen Wahlakt erreicht werden. Wichtig ist für uns die Aufklärung über das System des Parlamentarismus und die Bekämpfung der Reaktionäre. Das kann unserer Meinung nach gegenwärtig am besten durch die außerparlamentarische Aktion geleistet werden.

3. Aufklärung durch Aktionen

Die sozialistischen Studenten haben vor 1 1/2 Jahren einige Erfahrungen im Landtagswahlkampf sammeln können. Damals, kurz vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag, haben wir vor allem versucht, die Autorität der bekannten Männer von CDU und SPD durch Fragen zu den Notstandsgesetzen zu erschüttern und sie als Wortschwätzer bloßzustellen. Die NPD hatten wir damals bewußt rechts liegen gelassen, weil wir es den bürgerlichen Parteien nicht so leicht machen wollten: da schlagen sich die Extremisten von rechts und links.

Inzwischen können wir die NPD allerdings nicht mehr in der gleichen Weise sich selbst überlassen. Es gibt zu viele Anzeichen, daß die NPD für die CDU inzwischen ziemlich attraktiv geworden ist. Natürlich haben wir immer schon darauf hingewiesen, daß die CDU die Politik macht, die die NPD fordert, aber zweifellos sind die besonderen Reaktionäre in der CDU durch die NPD noch kräftig ermutigt worden.

Für die Linke ergibt sich daher die Notwendigkeit einer antifaschistischen Zielrichtung ihres Eingriffs in den Wahlkampf. Wir müssen ganz klar machen, daß es keine Form von Protest ist, die NPD zu wählen, sondern eine Form von Selbstmord. Die Vertreter einer faschistischen Politik sind elende Bankrotteure, Versager, die aus der ungeheuren Niederlage in die sie das deutsche Volk führten, nichts gelernt haben und nichts lernen wollten.



RUHE, ORDNUNG, SAUBERKEIT und SICHERHEIT
das ist das ganze Wahlprogramm der Parteien.

Bei diesem Angriff auf CDU und NPD vermeiden wir zugleich, über die Faschisten zu jammern und zu klagen. Wir werden vielmehr die Wurzel des Faschismus in den gesellschaftlichen Verhältnissen der BRD freilegen und die Bankrotteure als Bankrotteure bloßstellen. Jeder CDU- und NPD-Wähler muß eins wissen: wer den Weg Hitlers geht, wird wie Hitler enden. Diese Aufklärung werden wir vor allem durch Aktionen gegen NPD-Veranstaltungen herbeiführen, wobei auch die anderen Parteien, besonders die SPD zeigen müssen, wie sie zu unseren antifaschistischen Aktionen stehen.

Das wichtigste Moment aber wird sein, gerade die politischen Themen, von denen im Wahlkampf abgelenkt werden soll, in das Zentrum unserer politischen Arbeit zu stellen. Wir werden deshalb in den folgenden Roten Kommentaren Artikel zu den Themen der wirtschaftlichen Entwicklung und zu den einzelnen Parteien veröffentlichen. Viele Punkte, die in diesem Artikel nur angesprochen wurden, werden dann ausführlicher behandelt werden.

DAS TARIFABKOMMEN
aus der Sicht der Unternehmer

In der letzten Nummer der Roten Kommentare kritisierten wir das neue Tarifabkommen bei Metall. Der "Arbeitgeber", das offizielle Organ der Deutschen Arbeitgeberverbände, schreibt zum gleichen Thema:
"Die soeben beendete Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie ähnelte kaum noch den Lohnkämpfen vergangener Jahre." "Der neue Verhandlungsstil hinter verschlossenen Türen erwies sich als ein guter Weg, um einen in der gegebenen Situation akzeptablen und fairen Kompromiss zu erreichen."
Erleichtert lobt der "Arbeitgeber" die IG-Metall für ihr "besonderes Maß an Verantwortungsbewusstsein", weil sie ihre ursprünglichen Forderungen nicht durchgesetzt hat, denn es war der Unternehmerseite klar, "dass die Arbeitgeber in einer Zeit der Hochkonjunktur und einer noch nie dagewesenen Arbeitskräfteknappheit bei der Abwehr dieser Forderungen keinen leichten Stand haben würden", wie der "Arbeitgeber" selber schreibt. Nun, die IG-Metall hat es mit ihrer geheimen Verhandlungsführung den Unternehmern leicht gemacht.
Zur Urlaubsregelung schreibt der "Arbeitgeber": "Wenn der 17. Juni, wie anzunehmen, wieder Arbeitstag wird, bleibt die Arbeitszeit 1970 unverändert."
Zum tarifvertraglichen Schutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute schreibt er: "Der geforderte Kündigungsschutz.... wurden an die gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Regeln- gerade auch an die Friedenspflicht- gebunden.....
Die Dispositionsbefugnis des Arbeitgebers wird dadurch nicht berührt." Statt den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen, das eine Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb verhindert, hat die IG Metall ihre Vertrauensleute nur mehr an das Betriebsverfassungsgesetz gebunden und sich zudem verpflichtet, die Namen der Vertrauensleute dem Unternehmer bekanntzugeben.
Die Arbeitgeber können mit der Tarifpolitik des IG Metall-Vorstandes zufrieden sein, und sie sind auch zufrieden.
(Zitate aus "Der Arbeitgeber" Nr.13, 21.Jg. Seite 510-513)

RAUSSCHMISS BEI BASF

Am 12.8.69 wurde der Vorsitzende der Betriebsjugendverteretung in der BASF, Volker Cornelius, fristlos entlassen. Wie kam es dazu?

Volker hatte an seinem Arbeitsplatz ein Plakat aufgehängt, auf dem er die Besitz- und Machtverhältnisse in den Betrieben, und die finanzielle Unterstützung der NPD durch den BASF - Vorstand kritisierte. Volker schrieb in den folgenden Tagen weiter auf dem Plakat. Die Betriebsleitung wartete ab bis Volker genügend Material geliefert hatte, das seine fristlose Entlassung rechtfertigen sollte. Nach einer Woche war es soweit. Die Betriebsleitung zog das Plakat ein und quittierte mit der fristlosen Entlassung. In der Begründung wurde der Inhalt des Plakats als beleidigend bezeichnet. Cornelius habe damit zu verstehen gegeben, daß er die Ordnung des Betriebes nicht anerkennen wolle.

Warum wirft man jemanden raus, wenn er am Arbeitsplatz ein Plakat aufhängt ?

Überall an den Arbeitsplätzen hängen Plakate, die die Kollegen selbst aufgehängt haben. So zum Beispiel: "Ich habe die ewigen Änderungen satt."(auf dem Plakat ist ein Arbeiter gezeichnet, der auf seine Aufträge pinkelt.) oder "Ein Scheißladen ist das hier, immer noch das gleiche Gehalt!"
Aufgehängte Plakate sind also normalerweise kein Entlassungsgrund. Im Gegenteil, die Vorgesetzten freuen sich, daß der, der sich unterdrückt fühlt abreagiert und für eine Weile ruhig ist. Ein Plakat allein, ändert nichts an den Ursachen.
Für die Betriebsleitung war das von Cornelius aufgehängte Plakat eine willkommene Gelegenheit, einen unbequemen Jugendvertreter loszuwerden. Cornelius unddie anderen Jugendvertreter hatten versucht, die Interessen der Lehrlinge und Jungarbeiter konsequent zu vertreten. Unter anderem wurden die Disziplinierungsmaßnahmen der Ausbilder, wie Ohrfeiegn, Strafarbeiten, Verlängerung der Arbeitszeit usw. heftig von der Jugendvertretung angegriffen. Cornelius hatte darüber hinaus die Stufenausbildung, die in der BASF eingeführt werden soll, entlarvt. Die Konsequenzen, die sich für die Lehrlinge daraus ergeben, wurden klar aufgewiesen und die Lehrlinge wurden aufgefordert, die Einführung der Stufenausbildung zu verhindern.

Die Stufenausbildung.

Mit der Stufenausbildung hat der Unternehmer die Möglichkeit, die Zahl der qualifizierten Facharbeiter auf Kosten der Lehrlinge zu regulieren. Nicht jeder Lehrling kann Facharbeiter werden, sondern gerade soviele, wie das Unternehmen benötigt. Für den Lehrling bedeutet das, daß er nicht selbst entscheidet, ob er Facharbeiter wird oder nicht, entscheidend ist, welche Facharbeiterquote der Unternehmer vorher festlegt. Wenn die Lehrlinge diese Schweinerei mitmachen, müssen sie einen rücksichtslosen Kampf gegeneinander um die wenigen sicheren Plätze führen. Diejenigen, die auf der Strecke bleiben, bekommen irgendeine Ausbildungsbescheinigung, die aber nur für diesen Betrieb gilt. Die Halbqualifizierten sind bei ihrer späteren Berufsausübung weitgehend von diesem Betrieb abhängig.
Bei Krupp ist die Stufenausbildung eingeführt. Dort können nur noch 3o% der Lehrlinge Facharbeiter werden, vorher waren es immerhin 90%.

Betriebsordnung und Betriebsverfassungsgesetz gegen Arbeiterinteressenvertretung im Betrieb

Volker hatte sein Mandat als Jugendvertreter ernst genommen und sich nicht darauf beschränkt, nur ein bißchen was zu tun, um den Lehrlingen und Jungarbeitern zu zeigen, daß er was tut. Damit hatte er nicht die Ordnung des Betriebs anerkannt, gegen die ein Arbeiter dann verstößt, wenn er für seine und die Interessen der anderen Arbeiter eintritt, Das Betriebsverfassungsgesetz gibt dieser Ordnung, die der Unternehmer gegen die Arbeiter einsetzt, die gesetzliche Absicherung.
Das Betriebsverfassungsgesetz, an das sich Betriebsrat und Jugendvertretung halten müssen, verhindert die Vertretung der Arbeiterinteressen gegnüber dem Unternehmer. Der Unternehmer trifft die Entscheidung, der Betriebsrat darf manchmal über die Form der Durchführung mitbestimmen. Zum Beispiel darf der Betriebsrat mitbestimmen, wann wo und wie die Löhne ausgezahlt werden; wieviel, das bestimmt der Unternehmer.

Außerdem beschäftigt sich der Betriebsrat mit Konflikten. So zum Beispiel gibt es im Betrieb Unruhe, weil das Kantinenessen wieder mal zum Kotzen ist, Der Betriebsrat schaltet sich ein. Nach langen Verhandlungen wird das Essen besser. Alle sind zufrieden. Der Betriebsrat glaubt, für die Belegschaft etwas erreicht zu haben, die Belegschaft glaubt, wenigstens ab und zu vertritt jemand ihre Interessen, und der Unternehmer weiß, daß sich nichts geändert hat und die Arbeiter trotzdem ihren Ärger losgeworden sind, der sich durch die Arbeitsbedingungen im Betrieb entwickelt hat. - Nach einer Weile wird das Essen wieder schlecht und das Spielchen beginnt von neuem. Der Betriebsrat schaltet sich ein, ... Damit das nicht auffällt, kommt auch mal ein anderer Konflikt dran. Zum Beispiel das Klo oder der Parkplatz. Nach jedem "erfolgreich " beigelegten Konflikt ist man wieder zufrieden; denn man glaubt ja, es ging mal wieder ein bißchen vorwärts. So strampeln sich der Betriebsrat und die Jugendvertretung ab, und sie sind doch gezwungen im Kreis zu fahren.
Wer ausbricht, indem er versucht die Interessen der Arbeiter konsequent zu vertreten, erfährt von der Betriebsleitung eine Sonderbehandlung. Es wird ihm ein besserer Posten, mehr Geld oder sonst was zugeschoben, falls einigermaßen sicher ist, daß er den Brokken auch schluckt. Die anderen, von denen man genau weiß, daß sie sich nicht bestechen lassen, behindert man in ihrer Tätigkeit als Interessenvertreter, schikaniert sie, oder wirft sie raus. Einen Vorwand zur Entlassung findet der Unternehmer schon. Bei Volker Cornelius war es eben das Plakat.

Die Entlassung von Volker Cornelius war für die Betriebsleitung so wichtig, daß sie keinen Wert darauf legte, den Schein der Legalität zu wahren. Anstatt die Kommission "O" des Betriebsrats , die bei Entlassungen oder Einstellungen mit entscheidet, zu hören (wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt), teilte sie nur dem Betriebsratsvorsitzenden ihre Entscheidung mit. Eine Sitzung der Kommission O wurde kurzerhand abgesetzt.

Indem die Unternehmer sich nicht einmal an das Betriebsverfassungsgesetz halten und es dem Betriebsrat schon alle Mühe macht, auf die Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes zu dringen, wenn er nicht auch schon das aufgegeben hat, entsteht der Schein, man müsse für die Einhaltung des Betriebsverfassungsgesetzes kämpfen, um eine wirkungsvolle Interessenvertretung im Betrieb durchzusetzen. Darin reiben sich viele Betriebsräte auf und vergessen, dass vor allem das Betriebsverfassungsgesetz die wirkungsvolle Vertretung der Interessen der Kollegen verhindert. Konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen im Betrieb aber ist der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die Betriebsordnung, die nur zur Disziplinierung der Arbeiter gemacht worden sind.

Man muss die Konflikte öffentlich machen, um nicht verbraten zu werden.

Betriebsrat und Gewerkschaft waren nicht bereit, Belegschaft und Öffentlichkeit über die Entlassung und deren eigentliche Hintergründe zu informieren oder überhaupt dazu Stellung zu nehmen. Sie wollten mit der Betreibsleitung hinter verschlossenen Türen irgendeinen faulen Kompromiß ausmauscheln.
Die SDAJ, deren Mitglied Volker ist, informierte die Belegschaft vor den Werkstoren durch Flugblätter. Außerdem wurden Presse und Fernsehen eingeschaltet. Dadurch wurde eine intensive Diskussion im Werk ausgelöst. Erst jetzt sahen sich Betriebsrat und Gewerkschaft gezwungen, zur Kündigung Stellung zu nehmen. Der Betriebsrat distanzierte sich von dem Inhalt des Plakats, hielt jedoch die Entlassung als Mittel der"Bestrafung" "unter Abwägung aller Umstände " für zu hart und stimmte ihr nicht zu. In der Stellungnahme der Gewerkschaft heißt es:"Nachdem der Fall Cornelius durch Presse und Flugblattaktionen hochgespielt wurde, ist es an der Zeit, unsere Vertrauensleute über den wahren Sachverhalt aufzuklären, damit den fragenden und verunsicherten Mitgliedern Auskunft gegeben werden kann. ....Die Verwaltungsstelle distanziert sich von dem Inhalt des Plakates distanziert, jedoch die Meinung vertreten, daß die fristlose Entlassung zu hart ist. ..."

Diese Stellungnahmen wurden abgegeben, obwohl die Betreibsleitung in den Verhandlungen vorher durchblicken ließ, sie wäre bereit, die Kündigung zurückzunehmen, wenn Volker sein Amt als Jugendvertreter niederlegen würde und mit einer Beschäftigung in einem Zweigwerk außerhalb von Ludwigshafen einverstanden wäre.
Gewerkschaft und Betreibsrat unterstützten die Betreibsleitung, indem sie den Vorwand zur Entlassung nicht aufdeckten und den politischen Charakter der Angelegenheit, nämlich Rausschmiß eines politisch unbequemen Jugendvertreters zu vertuschen suchten. Damit verhinderten sie auch, das Interesse der Kollegen an der Angelegenheit zu wekken, und durch richtige Information die Solidarität der Kollegen zu ermöglichen. Für eine Kinderei, wie es den Kollegen im Betrieb erscheinen mußte, setzen sie sich nicht solidarisch zur Wehr.

Mauschelei und Aushandeln der Konflikte zwischen Betriebsrat und Unternehmer hinter verschlossenen Türen kann nur verhindert werden, wenn die Konflikte im Betrieb öffentlich gemacht werden und die Kollegen informiert werden. Dies ist von den Betriebsräten zu fordern, danach müssen sie beurteilt werden.

Solidarität - die beste Waffe der Arbeiter

Das einzige, was die Gewerkschaft für Cornelius tat, sie gewährte Rechtsschutz, der ihm als Mitglied zusteht. Durch ein Arbeitsgericht wird Cornelius erfahrungsgemäß nicht wieder als Jugendvertreter in den Betrieb zurückkönnen. Selbst wenn er "Recht" bekommt, wird ihm das nichts nützen. Denn ein gelegentlicher Kündigungsvorwand findet sich immer, außerdem hat der Unternehmer die Möglichkeit, den Arbeitsvertrag zu lösen. Cornelius bekäme dann eine Abfindungssumme, bliebe aber trotz Arbeitsgerichtsbeschluß außerhalb der BASF und der Jugendvertretung.

Das einzige, was Volker die Rückkehr in die BASF als Jugendvertreter ermöglichen wird, ist das solidarische Handeln der Kollegen. Nur wenn die Betriebsleitung weiß, daß die Arbeiter es sich nicht gefallen lassen, wenn ihre Interessenvertreter rausgeworfen werden, und wenn es notwendig ist dafür streiken, wird sie nachgeben müssen. Die Arbeiter in der Graubrems Heidelberg wissen das schon lange. Als die Betriebsleitung den unbequemen Betriebsrat Knauer rauswarf, streikten seine Kollegen er wieder eingestellt wurde.
Die Solidarität der Arbeiter untereinander ist stärker als ... Vertrauen in Gesetze, Gerichte und diejenigen, die die ... setze machen oder zulassen.

Zur Creme des Landes zählen 305 000 Familien. Ihnen — genau 1,7 Prozent der Haushalte — gehören 35 Prozent aller privaten Vermögen und rund 70 Prozent der Produktionsmittel. Die Oligarchie der großen Familien hat viermal soviel Vermögen angehäuft wie alle 13 Millionen Arbeiter zusammen.

Rund 2380 westdeutsche Unternehmer und Kapitaleigner hatten 1965 ein Monatseinkommen von durchschnittlich je 190 000 Mark. Im gleichen Jahr verdiente ein Drittel der Lohn- und Gehaltsempfänger höchstens 500 Mark: binnen zwölf Monaten soviel wie die Millionäre in 23 Stunden.

aus „Spiegel" Nr 33

Die Roten Kommentare der Betriebsprojektgruppe Heidelberg erscheinen wieder regelmässig jeden Freitag vor den Betrieben. Wer einen roten kommentar mal nicht bekommen hat, kann ihn nachgeschickt bekommen Postkarte an die Redaktion der Roten Kommentare, 69 Heidelberg, Grabengasse 14. Jeden Mittwoch 17 Uhr trifft sich die Redaktion im AStA, Grabengasse 14, öffentlich